

Schriften zur Medienpädagogik 56

Zwischen Utopie und Dystopie

Medienpädagogische Perspektiven für die digitale Gesellschaft

Angelika Beranek
Sebastian Ring
Martina Schuegraf(Hrsg.)

Schriften zur Medienpädagogik 56

Dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend danken wir für die Förderung des vorliegenden Bandes.

Herausgeber

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik Deutschland (GMK) e.V.

Anschrift

GMK-Geschäftsstelle
Oberstr. 24a
D-33602 Bielefeld
Fon: 0521.67788
Fax: 0521.67729
Email: gmk@medienpaed.de
Website: www.gmk-net.de

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Redaktion: Angelika Beranek, Sebastian Ring, Martina Schuegraf, Tanja Kalwar
Lektorat: Tanja Kalwar
Einbandgestaltung und Titellustration: Katharina Künkel

© kopaed 2020
Arnulfstraße 205
80634 München
Fon: 089.68890098
Fax: 089.6891912
Email: info@kopaed.de
Website: www.kopaed.de

ISBN 978-3-86736-586-4
e-ISBN 978-3-86736-595-6

Björn Friedrich
Eine netzpolitische Bestandsaufnahme
Oder: Der Versuch einer zuversichtlichen Zukunftsvision

Welche Entwicklungen sind derzeit im Bereich der Netzpolitik zu beobachten und welche Schlussfolgerungen können wir daraus für unsere medienpädagogische Arbeit ziehen? Im Spannungsfeld zwischen utopischen und dystopischen Vorhersagen soll in diesem Text der Versuch unternommen werden, die positiven Entwicklungen unserer digitalisierten Gesellschaft aufzugreifen, um einen optimistischen Blick in die Zukunft zu wagen.

Die Grundlage dieses Artikels bildete ein Pecha Kucha-Vortrag, der im Rahmen des Forums Kommunikationskultur im November 2019 (siehe www.gmk-net.de/gmk-tagungen/forum-kommunikationskultur/forum-kommunikationskultur-2019 [Stand: 11.08.2020]) gehalten wurde. Das Format „Pecha Kucha“ sieht vor, dass die Referierenden 20 Folien gestalten, zu denen sie je 20 Sekunden reden dürfen. Der folgende Beitrag greift diese Vorgabe auf und versucht, das Pecha Kucha-Format auf Papier zu bringen, indem die 20 Folien kurz erläutert werden.

Digitalisierungsnarrative: Netzpolitik

Bei einer Tagung, die sich dem Titel zufolge „Zwischen Utopie und Dystopie“ bewegt, ist die Versuchung groß, eine dystopische Vision zu entwickeln. Schließlich gibt es zahlreiche gute Gründe für einen pessimistischen Blick in die Zukunft, so dass eine dystopische Sichtweise deutlich einfacher zu formulieren und zu begründen wäre als eine Utopie. Dennoch soll hier der Versuch unternommen werden, zuversichtlich und optimistisch in die Zukunft zu blicken und konstruktive Anregungen für die medienpädagogische Arbeit zu formulieren.

Brechts Radiotheorie und das Demokratieversprechen des Internets



Abb. 1: Brecht,
©pixabay.com (Pixabay License)



Abb. 2: Demokratie,
©pixabay.com (Pixabay License)

Blicken wir zunächst zurück in die Vergangenheit und beginnen mit der „Radiotheorie“ von Bertolt Brecht, die er in den 1920er-Jahren formulierte und die hinlänglich bekannt ist. Sie besagt, dass der Rundfunk als Kommunikationsapparat genutzt werden könnte, damit alle Empfänger*innen zugleich als Sender*innen agieren können. Diese Idee wurde in den Anfangstagen des Internets aufgegriffen und es bestand Grund zur Hoffnung, dass diese Technik zu einer Demokratisierung der Medienlandschaft beitragen kann, indem alle User*innen eigene Inhalte publizieren. Durch die Verbreitung der (ursprünglich auch als „Web 2.0“ bezeichneten) Social Media-Dienste scheint sich diese

Idee tatsächlich realisieren zu lassen, da sich das Internet in seiner „zweiten Version“ nicht nur als Informations-, sondern auch als Distributionsmedium nutzen lässt.

Hass ↔ Zensurfälle



Abb. 3: Hate,
©pixabay.com (Pixabay License)

Bald erfolgte jedoch eine ernüchternde Erkenntnis: Im Internet werden nicht nur konstruktive Inhalte veröffentlicht, sondern auch viele destruktive, beleidigende und hasserfüllte Kommentare. Das Klima in Online-Diskussionen ist schnell vergiftet, wenn einzelne User*innen provokativ argumentieren oder andere Personen an-

greifen. Zudem werden extremistische Äußerungen, radikale Thesen und populistische Stimmen im Netz intensiv weiterverbreitet. Die Reaktion der Gesellschaft auf diese Entwicklung besteht oftmals darin, nach Löschung und Sperrung entsprechender Inhalte zu rufen. Diese Forderungen zeigen deutlich auf, worin unser Dilemma besteht. Es stellen sich essentielle Fragen: Wo liegt die Grenze zur Zensur, wenn einzelne Inhalte entfernt werden? Wer entscheidet darüber, was existieren darf und was gelöscht werden soll? Wie können wir dieser „Zensurfrage“ entkommen?

Social Scoring in China

Ein Blick in die Volksrepublik China zeigt, dass staatliche Zensur und Überwachung zu einem System führen können, das wohl nur die wenigsten von uns gutheißen. Hier werden Instrumente wie die Löschung und Sperrung von Inhalten zur Kontrolle und Umerziehung der Bevölkerung eingesetzt. Das Social Scoring-System bewertet einzelne Bürger*innen nach einem Punktesystem, das



Abb. 4: China,
©pixabay.com (Pixabay License)

maßgeblich für ihre gesellschaftlichen und sozialen Betätigungen ist. Das Online-Verhalten einer Person ist einer von mehreren Faktoren, aus denen sich der „Wert“ einer Person errechnet. Eine derartige Vorgehensweise erscheint den meisten von uns befremdlich und zugleich unheimlich und ein vergleichbares Punktesystem kann in unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung wohl kaum ein erstrebenswertes Ziel sein.

Streitfall Vorratsdatenspeicherung

Doch wir führen auch bei uns in Europa und in Deutschland Diskussionen, die in eine ähnliche Richtung gehen, beispielsweise im Bereich der Vorratsdatenspeicherung. Diese ist ein kriminalpolitisches Instrument, das Internetprovider zwingt, bestimmte sensible Daten an die Ermittlungsbehörden zu übertragen. Zweifellos ist die Innen- und Sicherheitspolitik von enormer Bedeutung für unsere Gesellschaft, doch in den letzten Jahren werden, mit Verweis auf die Sicherheit, zunehmend Maßnahmen umgesetzt, die in einem freien und offenen Land eigentlich fragwürdig sind. So muss



Abb. 5: Vorratsdatenspeicherung,
©pixabay.com (Pixabay License)

Streitfall Bundestrojaner



Abb. 6: Bundestrojaner,
©Tim Pritlove bei Wikimedia.org
(Public Domain)

die Frage gestellt werden, wohin es führen soll, wenn Internetprovider auch Daten, die eigentlich verschlüsselt übertragen werden, in unverschlüsselter Form an die Sicherheitsbehörden herausgeben müssen. Wie weit darf die Innenpolitik gehen, und wie bedeutend ist unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung?

Ein vergleichbarer Streitfall ist die seit Jahren anhaltende Diskussion um den sogenannten „Bundestrojaner“. Mit diesem umgangssprachlichen Begriff werden Software-Lösungen beschrieben, die es den Ermittlungsbehörden ermöglichen, Geräte von Beschuldigten online zu durchsuchen. Nach langer Diskussion wurde 2017 in Deutschland die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen. Und so ist der Bundestrojaner zum Symbol für digitale Überwachung und Online-Durchsuchungen geworden.

Auch dieses Beispiel zeigt, dass sich unsere Gesellschaft und unsere Politik gut überlegen muss, welche Ziele eigentlich erreicht werden sollen, mit welchen Mitteln gearbeitet werden darf und welche Maßnahmen wirklich verhältnismäßig sind.

Big Data = Überwachung?

All diese Begriffe sind im deutschsprachigen Raum negativ konnotiert. Auch der Begriff „Big Data“ ist bei uns überwiegend negativ vorbelastet, denn wir verbinden die (an sich wertfrei zu beurteilenden) Möglichkeiten der Datensammlung und Auswertung meist mit Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung der Gesellschaft. Wir denken also zunächst an die bedrohlichen, dystopischen Folgen, die sich aus der Nutzung derartiger Technologien ergeben könnten, anstatt die Vorteile in den Mittelpunkt zu stellen. Vielleicht wäre es manchmal hilfreich, wenn wir uns mehr bemühen, die positiven und negativen Seiten neuer technologischer Entwicklungen im Blick zu haben, sie intensiv abzuwägen und auch die Chancen und Potenziale von innovativen Lösungen zu fokussieren. Eine kritische Auseinandersetzung mit neuen Entwicklungen sollte stets erfolgen, aber die Kritik darf nicht in pauschalen Kulturpessimismus umschlagen.

Potenziale der Künstlichen Intelligenz nutzen

Alle neuen Technologien (egal ob KI, Big Data oder die Digitalisierung im Allgemeinen) haben zwei Gesichter und bringen neben negativen stets auch positive neue Möglichkeiten mit sich. Wir sollten versuchen, diese Potenziale aufzugreifen und konstruktiv zu nutzen. Ein positives Beispiel für die gewinnbringende alltägliche Nutzung von Big Data und KI sind Verkehrs-Navigationssysteme, die auf der Basis von erhobenen User*innendaten berechnen, wie lange eine Fahrt wohl dauern wird. Dies wird in Abhängigkeit des Wochentags, der Uhrzeit und der bisher erfass-



Abb. 7: Überwachung, ©elbpresse.de bei Wikimedia.org (CC BY-SA 4.0-Lizenz)



Abb. 8: Künstliche Intelligenz, ©mike mackenzie bei flickr.com (CC-BY-2.0-Lizenz)

ten Verkehrsbewegungen errechnet und klappt oftmals erstaunlich gut. An diesem Beispiel lässt sich verdeutlichen, dass eine anonymisierte Sammlung und Auswertung von Daten nicht zwangsläufig negativ sein muss.

Ethik der Algorithmen



Abb. 9: Ethik,
©pixabay.com (Pixabay License)

Ethische Vorgaben für die Software-Programmierung und die Entwicklung von Algorithmen sind nötig und werden bereits intensiv diskutiert. Doch derartige Diskussionen sind komplex und kompliziert, da die Interessenlagen stark voneinander divergieren. Hier stellt sich schnell die Frage, was objektiv falsch oder richtig ist, was gut und was schlecht? Für wen spielt welche Funktion eine entscheidende Rolle? Am Beispiel der

Diskussion um Sicherheitspolitik und Informationsfreiheit offenbaren sich die schwierige Gemengelage und die Unmöglichkeit, eine einfache Antwort zu finden. Zudem stehen wir heutzutage oft Anbieter*innen mit kommerziellen Interessen gegenüber, die nicht primär ethische und moralische (Ideal-)Vorstellungen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeiten stellen.

Neuronale Schnittstellen



Abb. 10: Neuronen,
©pixabay.com (Pixabay License)

Während wir bereits seit Jahren über derartige Fragestellungen diskutieren, werden anderswo längst tiefgreifende Neuentwicklungen vorangetrieben. Es gibt beispielsweise bereits Technologien, die „digitales Gedankenlesen“ ermöglichen. Einige Firmen arbeiten zusammen mit Neurowissenschaftler*innen an digitalen Schnittstellen, mit deren Hilfe wir Menschen bald auf neuartige Weise Befehle aussenden und Geräte steuern können. Die inno-

kann ein sinnvolles, erforderliches Instrument sein, um die Interessen der Bürger*innen durchzusetzen. Die EU hat beispielsweise mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) eine Maßnahme umgesetzt, die in ihrem Kern eigentlich richtig und wichtig war. Leider wird häufig nicht alles gut gelöst, was gut gemeint ist, und so ist auch die DSGVO zu recht umstritten und wurde massiv kritisiert. Dennoch muss unsere Politik (in Berlin wie in Brüssel) weiterhin versuchen, die Märkte zu regulieren und Einfluss auf die großen Digitalkonzerne zu nehmen. Die EU vertritt als Staatenbund fast eine halbe Milliarde Menschen, die großteils auch User*innen digitaler Anwendungen sind – dieser Einfluss muss genutzt werden.

Handelskriege



Abb. 13: China – USA,
©pixabay.com (Pixabay License)

An einem aktuellen Beispiel lässt sich die Tatsache verdeutlichen, dass europäische User*innen zum Spielball internationaler Konflikte werden, wenn die Politik ihre Interessen international nicht stark genug vertritt. Die ökonomische Auseinandersetzung zwischen den USA und China führte u.a. zu einem Konflikt zwischen den Firmen Google und Huawei, in dessen Folge Huawei im Mai 2019 den Zugang zu Googles Play Store und die Lizenz für das Betriebssystem Android verlor. Von diesem Konflikt waren also auch europäische User*innen betroffen, die ein Smartphone von Huawei nutzen. So zeigt sich hier anschaulich die Abhängigkeit Europas von amerikanischen und asiatischen Großkonzernen.

Digitale Souveränität



Abb. 14: Gaia-X, ©Titelbild einer Broschüre
des BMWi

Um sich im digitalen Raum unabhängiger aufstellen zu können, reagiert die EU mit ersten eigenen Entwicklungen. Ein aussagekräftiges Beispiel hierfür ist das Projekt *Gaia X*, das vom deutschen Wirtschaftsministerium im Oktober 2019 der Öffentlichkeit präsent

tiert wurde: Das Ziel dieses Vorhabens ist es, eine europäische Cloud-Lösung zu schaffen, also eine eigene dezentrale Infrastruktur, die europäische Anbieter*innen stärkt und uns User*innen unabhängiger von ausländischen Angeboten machen soll. Diese Idee zeigt, in welche Richtung die Entwicklung gehen kann. Und so kann man diesem Vorhaben nur viel Erfolg wünschen und hoffen, dass weitere Schritte mit ähnlichen Zielen folgen.

Neues Verständnis der Politik

Insgesamt ist zu beobachten, dass die Diskussionen um digitale Entwicklungen von der Politik aufmerksamer verfolgt und kenntnisreicher geführt werden als noch vor einigen Jahren. Die Thematik wird ernst genommen, da ihre Bedeutung für die unterschiedlichsten Bereiche unserer Gesellschaft unbestreitbar ist. Und auch das Wissen und Verständnis der Politiker*innen für die Fragestellungen unserer digitalisierten Gesellschaft hat insgesamt zugenommen. Während wir 2013 noch über das berühmte „Neuland“-Zitat von Angela Merkel schmunzelten, können wir heute unterschiedliche politische Bemühungen beobachten und konstatieren, dass die Herausforderungen unserer Zeit tatsächlich erkannt wurden. Welche Schlüsse daraus gezogen werden und welche konkreten Ergebnisse folgen, ist hingegen noch abzuwarten.



Abb. 15: Idee,
©pixabay.com (Pixabay License)

Die Macht der Straße

Die Zivilgesellschaft ist also weiterhin gefordert, sich einzubringen und ihre Interessen zu artikulieren. Im Jahr 2019 gab es dazu zwei interessante Bewegungen, die in erster Linie von jungen Menschen vorangetrieben wurden: Dies waren zum einen die Aktivitäten und Demonstrationen zum sog. #Artikel13, also der Urheberrechtsreform der



Abb. 16: Fridays for Future, ©Marlin Helene bei flickr.com (CC BY 2.0-Lizenz)

Europäischen Union, und zum zweiten die Initiative #FridaysForFuture, die in wenigen Monaten zu einer bedeutenden globalen Bewegung für mehr Klimaschutz angewachsen ist. Diese Beispiele beweisen eindrucksvoll, dass Kinder und Jugendliche nicht politikverdrossen sind, wie oft behauptet wird, sondern sich durchaus für ihre Interessen engagieren. Zudem zeigt sich daran, dass wir als Bürger*innen auf die Politik Einfluss nehmen können, wenn wir unsere Interessen bündeln und partizipative Möglichkeiten nutzen.

e-Partizipation ermöglichen



Abb. 17: e-Partizipation, ©Gabriele Heintel bei jugend.beteiligen.jetzt (Creative Commons BY 3.0-Lizenz)

Partizipation wird auch auf digitalen Wegen zunehmend ermöglicht. Es gibt bereits zahlreiche Maßnahmen, die zur Online-Beteiligung der Gesellschaft genutzt werden können und die damit neue, niedrighschwellige Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Geschehen liefern. Auch in der Medienpädagogik und der Jugendarbeit, wo die Forderung nach mehr e-Partizipation ein altbekanntes Anliegen ist, müssen wir die vorhandenen

Tools intensiv einsetzen und die Chancen nutzen, um bereits Kinder und Jugendliche zur Teilhabe zu befähigen.

e-Government stärken



Abb. 18: Elections, ©pixabay.com (Pixabay Lizenz)

Im Bereich des e-Governments sind noch verstärkte Bemühungen nötig. Hier ist nicht nur der Ausbau elektronischer Verwaltungsverfahren von Bedeutung, sondern auch die Entwicklung und Verbreitung digitaler Informations-, Kommunikations- und Partizipationsangebote. Die neuen Möglichkeiten, sich auf digitalen Wegen in die Politik einzubringen und diese

mitzugestalten, müssen noch viel intensiver und konsequenter als bislang genutzt werden. Hier bieten sich auf kommunaler wie überregionaler Ebene neue Chancen, um politische und gesamtgesellschaftliche Belange bürgernah zu diskutieren und unter Berücksichtigung verschiedener Interessen gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

User*innen-Verhalten ändern

Nicht zuletzt sind natürlich wir alle gefordert, unser eigenes Mediennutzungsverhalten zu überdenken und auf diesem Weg unseren Einfluss geltend zu machen. Dazu ist es erforderlich, unsere Bequemlichkeit zu überwinden und nicht immer mit der Masse zu marschieren, sondern nach sinnvollen Alternativangeboten zu suchen. Die marktbeherrschende Stellung digitaler Großkonzerne ließe sich beispielsweise dadurch beeinflussen, dass wir alternative Anbieter*innen von Suchmaschinen, Smartphone-Messengern und sozialen Netzwerken nutzen. Auch im Bereich des Online-Shoppings könnten wir unsere Stellung nutzen, um lokale Mitbewerber*innen zu stärken und damit große Anbieter*innen zum Umdenken zu zwingen.



Abb. 19: Time for a Change,
©pixabay.com (Pixabay License)

Die Zivilgesellschaft ist gefordert!

Politik wird nicht nur von Politiker*innen gemacht, sondern von uns allen. Wir als Zivilgesellschaft sind aufgefordert, unsere Interessen lautstark zu artikulieren, für wichtige Anliegen zu kämpfen und der Politik Anregungen zu liefern. Wir als (Medien-)Pädagog*innen haben zudem die Möglichkeit, als Multiplikator*innen auf politische



Abb. 20: Megafon,
©pixabay.com (Pixabay License)

Partizipationsmöglichkeiten hinzuweisen und bereits Kinder und Jugendliche zur Teilhabe zu befähigen. Wir haben es selbst in der Hand, berechtigte Bedenken und Befürchtungen ernst zu nehmen, ohne in Hysterie oder in Angststarre zu verfallen. Wir sollten vielmehr unser Bestes tun, damit sich die dystopischen Visionen nicht erfüllen, sondern wir zuversichtlich in die Zukunft blicken können. Wir dürfen nicht resignieren, sondern sind alle gefordert, zu handeln.

Es gibt viel zu tun, also gehen wir es an!

Lizenz

Der Artikel steht unter der Creative Commons Lizenz **CC BY-SA 4.0**. Der Name des Urhebers soll bei einer Weiterverwendung genannt werden. Wird das Material mit anderen Materialien zu etwas Neuem verbunden oder verschmolzen, sodass das ursprüngliche Material nicht mehr als solches erkennbar ist und die unterschiedlichen Materialien nicht mehr voneinander zu trennen sind, muss die bearbeitete Fassung bzw. das neue Werk unter derselben Lizenz wie das Original stehen.

Details zur Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Einzelbeiträge werden unter www.gmk-net.de/publikationen/artikel veröffentlicht.